

Abbau psychosozialer Hilfen - Ein Praxisbericht aus Bremen :
Mangelversorgung für auffällige Schulkinder in sozialen Brennpunkten

Ottmar Stöhr

Zusammenfassung :

Vor dem Hintergrund von Sparbemühungen, neuen Steuerungsmodellen und wachsendem Abbau sozialer Leistungen vor allem in höher verschuldeten Bundesländern werden negative Auswirkungen auf die Gesundheits-, Erziehungs- und Betreuungssituation von Schulkindern an Beispielen aus Bremen zur Diskussion gestellt.

Aus parteilicher, gemeindepsychologischer Sicht wird Stellung bezogen :

- Wen trifft die Bremer Sparpolitik und Mangelversorgung am härtesten ?
- Wer braucht vordringlich neue therapeutische Interventionsansätze und eine gute Regelversorgung als Grundprävention ?
- Sind Bremer Kinderhorte auf dem Weg zur Verwahr(losungs)pädagogik ?
- Welche "Risiken und Nebenwirkungen" bestehen bei der Einführung von Verlässlichen Grundschulen und Ganztagschulen ?
- Muss sich die integrative Horterziehung in Bremer sozialen Brennpunkten verabschieden von Prävention und Stadtteilarbeit ?

Fazit: Das vielgerühmte Bremer Integrationsmodell für behinderte und psychisch auffällige Kinder fällt auseinander. Für die auffälligen Schulkinder in sozialen Brennpunkten "spielen die Bremer Stadtmusikanten nicht mehr". Es wird umstrukturiert und schon lange kräht der Hahn "Kostendämpfung hier, neues Marketing und Wirtschaftsförderung da".

Versuche zur Verbesserung der Qualität im Kindertagesheimbereich laufen nur kostenneutral-zaghaft und parallel zu einem seit Jahren anhaltenden kräftigen Abbau von Strukturqualität in vielen Bereichen der Kinder- und Jugendversorgung, z.B. auch bei Schulkindern in sozialen Brennpunkten. Dabei finden die Errungenschaften fortschrittlicher, sozial engagierter Jugendhilfe - wie präventive Hilfen und wirksame Ansätze zur Intervention- in der Schulpolitik und Schulverwaltung und in ihren neuen Planungen für Verlässliche Grundschulen und Ganztagschulen bisher keine Entsprechungen.

Die Mangelversorgung für auffällige (Schul-)Kinder in sozialen Brennpunkten in der BRD ist jahrelang bekannt, aber weitgehend unbeachtet.

Die betroffenen Kinder und Familien leiden mehr oder weniger still und hilflos-uninformiert. Die Fachkräfte vor Ort resignieren häufig oder reiben sich auf. Eine öffentliche (Fach-)Diskussion ist nötiger denn je.

Gliederung :

Zusammenfassung

1. Begriffsklärungen und einleitende Beschreibung der Ausgangssituation

2. Spardruck, große Koalition und Zeitgeist - Negation von Armut und Benachteiligung - „Eine amerikanische Wende“ in der Bremer Sozial- und Familienpolitik ?

3. Regionale und überregionale Mangelversorgung für psychisch auffällige Kinder

4. Bremer Kinderhorte am Scheideweg
 - 4.1. Die „Verlierer“ bei der Einführung der Verlässlichen Grundschule in Bremen
 - 4.2. Personalverknappung und Zunahme von Teilzeitpädagogik im Hort - Abschied von Prävention und Stadtteilorientierung ?
 - 4.3. Die Abschaffung der Honorarstunden für Hausaufgabenhilfen
 - 4.4. Die Abschaffung der psychisch auffälligen Kinder - Erster Versuch !? - Oder : „Dreimal ist Bremer Recht“

5. Schlussfolgerungen

Anhang und Literatur

"Eines ist jedenfalls sicher : nichts ist weniger unschuldig, als den Dingen ihren Lauf zu lassen."

(Bourdieu, 1997, S. 826)

1. Begriffsklärungen und einleitende Beschreibung der Ausgangssituation

Der Begriff Kinderhort wird in Bremen verwendet für Tagesbetreuungsstätten, in denen Schulkinder im Alter von sechs bis ca. zwölf Jahren schwerpunktmäßig nachmittags bis 17 Uhr betreut werden. Die Hortgruppen (Regelausstattung: 20 Kinder / 1 Pädagogin) sind angegliedert an Kindergärten oder seltener in eigenen Horthäusern untergebracht. Anders als bei den Kindergartenplätzen handelt es sich, wenngleich für manche Familien oder Kinder elementar wichtig, von der Gesetzeslage her um eine Kann-Leistung. Sie steht in Bremen bisher für ca. 15% der Schulkinder zur Verfügung und ist hauptsächlich gedacht als Hilfe für jene Familien, die aus verschiedensten Gründen auf zusätzliche betreuende und pädagogisch-therapeutische Hilfen angewiesen sind (z.B. berufstätige, alleinerziehende oder kranke Eltern, Kinder mit Erziehungsschwierigkeiten, psychischen Auffälligkeiten und belastenden Familiensituationen). Häufig sind diese Hilfen in Bremen in sogenannten sozialen Brennpunkten angesiedelt und müssen sich in einem schwierigen Umfeld als sinnvolle pädagogische Alternativen behaupten.

Als Verwahrpädagogik wird eine berufsmäßig ausgeübte Betreuung bezeichnet, die bei den Kindern zu mehr oder weniger ausgeprägter (zusätzlicher) psychischer Verwahrlosung führt. Große Mengen an Kindern, davon viele auffällig, werden mit wenig Personal betreut. Es fehlen die positiven Wirkungen einer guten Regelversorgung (Grundprävention !) und differenzierende Spiel- und Beschäftigungsangebote und individualisierte Hilfen. Die Kinder erhalten so zu wenig persönliche Zuwendung, Anregung, Förderung und Lenkung. Psychische Auffälligkeiten und Lern- bzw. Entwicklungsrückstände nehmen zu. Die Verlässliche Grundschule wurde in Bremen für das Schuljahr 2000/1 im Schnelldurchgang eingeführt. In der Schulzeit von 8-13 Uhr können Eltern, auch wenn kein Unterricht ist, ihre Kinder betreuen lassen. Da Lehrer zu teuer wären, werden dafür die unterschiedlichsten Betreuungskräfte eingesetzt.

Der Begriff sozialer Brennpunkt (Armutsquartiere/-stadtteile) wird als Kürzel dafür verwendet, dass für die Menschen in diesen Gebieten bzw. Stadtteilen materielle, gesundheitliche und psychische Not und die Auseinandersetzung mit vielfältigen sozialen Problemen wie z.B. Armut, Migrantenproblemen, Arbeitslosigkeit, Gewalt, Unterdrückung, Perspektivlosigkeit u.a.m. auf der Tagesordnung stehen (regional: Busch-Geertsema u.a., 1993; globaler: Bourdieu, 1997; Schultheis, 1997). Das hier anwachsende Elend ist natürlich relativ geringer im Vergleich mit dem Elend in Osteuropa oder der Dritten Welt. Trotzdem wird es von Sozialexperten oft als Fass ohne Boden angesehen, aber auch als Zündstoff für mögliche soziale Unruhen und gefährliche Ghettobildung. Meistens wird es krampfhaft nicht beachtet oder nur notdürftig reguliert. Zu leiden haben vor allem die weniger Durchsetzungsfähigen, die Vereinzelten, die Schwachen, die Behinderten und Kranken und natürlich die Kinder.

Vor allem auffällige Kinder sind in sozialen Brennpunkten gehäuft vorzufinden. Was sind das dort für Kinder, die in der Fachsprache als psychisch oder emotional auffällig, verhaltensauffällig, entwicklungsverzögert, behindert oder erziehungsschwierig bezeichnet werden ?

Es sind die misshandelten und geschlagenen Kinder und die aggressiven, welche oft Opfer und Täter in einer Person sind. Es sind die psychisch Vernachlässigten, die Ängstlichen, Gehemmten, wenig Selbstbewussten, die sich allesamt wertlos fühlen und in der Konkurrenz mit den Starken nicht bestehen, die aber aufblühen, wenn sie etwas Anerkennung und Zuwendung bekommen. Es sind jene mehr oder weniger verwilderten, regellosen oder aus verschiedensten Gründen entwurzelten Kinder, deren Geschwisterkinder zum Teil schon im Heim sind und die, wenn sie ihre Nachmittagszeit auf der Straße verbringen müssen, dem Druck der Cliques und Gangs dort vielfach nachgeben und eine kriminelle Laufbahn einschlagen. Es sind die aus unterschiedlichsten gesundheitlichen, erziehungsmäßigen und familiären Gründen entwicklungsverzögerten (Migranten-)Kinder, die schlecht sprechen oder wahrnehmen oder sich nicht so gut bewegen wie andere, darunter teilweise auch die Trennungsgeschädigten, die Missbrauchten, die Über- und Untergewichtigen, die Einnässenden usw. ; alles Kinder, die Kummer haben, aber keinen, der sich darum kümmert und denen der familiäre Rückhalt fehlt, um in der Schule bestehen zu können. Es sind die körperlich-gesundheitlich, ernährungs- und kleidungsmäßig verwahrlosten Kinder, für die das einsparungsbedingt immer schlechter werdende Essen im Tagesheim eine sehr große Rolle spielt, wo in der Familie aus welchen Gründen auch immer mehr oder weniger offensichtliche Not herrscht. Es sind aber auch die relativ verwöhnten, anspruchsvoll-egoistischen Einzelkinder mit unakzeptablem Sozialverhalten. Es sind die chronisch kranken und die behinderten Kinder, die vor allem in sozialen Brennpunkten aufgrund von unangemessenem familiären Bewältigungsverhalten häufig immer mehr

Folgeprobleme bekommen. Es sind - als ein letztes Beispiel (ausführlicher : Stöhr, 2001) - die überanstrengten, überangepassten Kinder, die viel zu früh schon Verantwortung für Familienangelegenheiten übernehmen mussten und denen kindliche Spielfreude und Unbekümmertheit verloren gegangen sind.

Oft zeigen diese Kinder mehrere deutliche Auffälligkeiten gleichzeitig und es ist schwer feststellbar, was Ursachen und was Folgen sind. In aller Regel sind vor allem auch Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl all dieser Kinder mehr oder weniger stark angeschlagen oder werden durch unakzeptables Sozial- und Bewältigungsverhalten gestützt.

Da im folgenden hauptsächlich über Hortkinder (Schulalter), ihre Auffälligkeiten und Versorgungssituation berichtet wird, sei hier vorab ausdrücklich erwähnt, dass viele kindliche Entwicklungsverzögerungen und davon z.T. schwer abgrenzbare Verhaltens- und emotionale Auffälligkeiten wie z.B. (Trennungs-)Ängste, Bindungsunsicherheiten, hyperkinetisches Verhalten, gestörtes Sozialverhalten u.a.m. möglichst schon im Kindergartenalter bemerkt und gebessert werden können (Brack, 1993). Im Hort fallen diese Probleme dann verstärkter ins Gewicht, z.B. weil durch sie die Schullaufbahn bedroht ist, weil sie massiver geworden sind oder weil sie u.U. auch körperlich nicht mehr so einfach handhabbar sind wie bei den jüngeren Kindern. Hinzu kommt, dass vom Kindergarten zum Hort hin eine negative Selektion stattfindet. In der Regel kommen häufiger die schwierigen Kinder bzw. die Kinder mit Familienproblemen nach der Kindergartenzeit in den Hort.

Natürlich haben alle diese „Brennpunkt-Kinder“ auch Stärken, Vorlieben und Interessen, die für ihre Entwicklung nutzbar gemacht werden können und gemeint sind hier nicht ihre berüchtigten Stärken : Stehlen, Schlagen, Schummeln . Sie können begeistert sein, lern- und wissbegierig, widerspenstig, solidarisch und mitfühlend. Sie haben brachliegende Talente und unentdeckte Fähigkeiten . Und Fähigkeiten, die gar nicht oder nur spärlich vorhanden sind, können Schritt für Schritt auf- und ausgebaut und Unangemessenes kann abgebaut werden.

Trotzdem handelt es sich bei diesen Kindern in aller Regel um eine "Negativauslese", um Kinder mit schlechten und schlechtesten Chancen, in unserer Gesellschaft etwas zu werden. In der pädagogischen und therapeutischen Arbeit in Brennpunkthorten ist eine Vielzahl unterschiedlichster kindlicher Probleme geballt vorhanden und jemanden zu finden, der dafür Verantwortung und Kosten übernimmt, wird immer schwieriger. Eine geregelte pädagogische Gruppenarbeit, die sich auf ein intaktes Umfeld, Vorbilder, das Befolgen von Anweisungen und die üblichen normalen Betreuungsabläufe stützen will, ist aufgrund der Menge an auffälligen Kindern und desolaten Lebensverhältnissen oft sehr erschwert oder auch vielfach nicht möglich. Pädagogische und therapeutische Einzel- und

Kleingruppenarbeit, Stützung und Beratung von Familien und Kooperation der Fachkräfte untereinander und mit Schulen und anderen Stadtteileinrichtungen sind verstärkt notwendig. Ermöglicht wurde das in Bremen teilweise durch Doppelbesetzung (20 Kinder / 2 PädagogInnen) mit zusätzlichen Differenzierungskräften und mit anderen zusätzlichen Hilfen wie Integrationshilfe (IH) oder Integrierte Heilpädagogische Tageserziehung (IHTE).

Mit diesen zusätzlichen Hilfen für behinderte und auffällige Kinder hat sich Bremen in der Vergangenheit einen guten Ruf erworben. Die Integration auffälliger Kinder in reguläre Tageseinrichtungen wurde ausgebaut und Sondereinrichtungen, die wegen fehlender Anregungen und Vorbilder für die kindliche Entwicklung als nicht so gut geeignet einzuschätzen sind, konnten schrittweise aufgelöst werden. IHTE war zum Beispiel ursprünglich aus einer Sonderbetreuungsform für verhaltensauffällige Kinder am Stadtrand hervorgegangen, wurde später umgewandelt und hat sich jetzt seit 15 Jahren als integratives Kooperationsprojekt zwischen Städtischem und Freiem Träger bewährt.

Aus gutem Grund wurden solche und andere zusätzliche Hilfen in der Vergangenheit in Bremen bevorzugt den Kindertagesheimen in sozialen Brennpunkten zugeteilt, so dass diese trotz allgemeiner Kürzungen und jährlich wiederkehrenden Sparwellen einigermaßen arbeitsfähig bleiben und geeignete Hilfen geben konnten. Sie dienten zur Förderung, Stützung, Stärkung und Änderung kindlicher Entwicklungen, als direkte Hilfen für verhaltensauffällige Kinder und ihre Familien, als gemeindepsychologische Hilfen im Lebensumfeld bei familiären Notlagen, Schwierigkeiten und Krisen und als Kompensation für soziale Benachteiligungen vielfältiger Art, speziell wenn sie zu Lasten der Kinder gingen. Die positiven Vorzeichen für eine solche integrierende und im guten Sinne normalisierende Betreuung können sich jedoch vor allem in sozialen Brennpunkten schnell umkehren, wenn die schützend-fördernden Anteile und die pädagogischen Schwerpunkte ins Hintertreffen geraten gegenüber den Verelendungs- und Verrohungstendenzen im Stadtteil.

Inzwischen wurde und wird in Bremen von Politik und Behörden viel Nützliches unterlassen und „Schädlich-Sparsam-Umstrukturierendes“ unternommen zur Zerstörung dieser ursprünglich intakten „Integrationslandsschaft“. Es droht für Schulkinder in sozialen Brennpunkten Verwahrpädagogik, zunehmendes Kinderelend und vermehrte Aussonderung.

Diese These soll im folgenden zunächst aus zwei allgemeineren Blickwinkeln erhärtet und ergänzt (2. und 3.) und dann genauer beschrieben und begründet werden (4.).

2. Spardruck, große Koalition und Zeitgeist - Negation von Armut und Benachteiligung - „Eine amerikanische Wende“ in der Bremer Sozial- und Familienpolitik ?

Die Bremer sozialen Brennpunkte erregen öffentliche und politische Aufmerksamkeit und besondere Beachtung meist nur dann, wenn wirtschaftliche Interessen berührt sind, wenn durch zunehmende Verwahrlosung oder kriminelle Gewalt die Reibungspunkte mit der Umwelt und die Kosten für die Allgemeinheit ganz offensichtlich überhand nehmen oder wenn die Medien Einzelfälle besonders spektakulär herausstellen. Häufig werden die Bewohner dieser Ghettos im pauschalen Vorurteil als lästige, asoziale, auf Gemeinschaftskosten lebende Minderheiten betrachtet. Ebendort zu arbeiten und einzutreten für Verbesserungen oder auch nur Bestandsschutz der psychosozialen Hilfen für die Familien und Kinder im Sinne einer Kompensation sozialer Benachteiligung, ist jedenfalls nicht besonders modern und wird eher belächelt oder als etwas verrückt angesehen. In diesem Zusammenhang sind z.B. auch Begriffe und Wertvorstellungen, die auf christliche oder soziale Weltbilder zurückgehen, trotz oder gerade wegen der großen Koalition in Bremen doch sehr aus der Mode gekommen. Sie wurden ersetzt durch andere wie zum Beispiel: life-style Projekte, Kunden- und Produktorientierung, Marketing (oft für Billig-, Kurzzeit- und Sparprogramme), Erhöhung investiver gegenüber konsumptiven Kosten, Ressourcenoptimierung und Selbsthilfe, Refinanzierung, Qualitätsmanagement und Controlling, Erhöhung der Flexibilität, Qualitätssteigerung und gleichzeitige Kostendämpfung .

Hinter diesen Kulissen, die von Politik und Verwaltung je nach Strategie und Taktik, Spardruck und Widerstand hin- und hergeschoben werden, zeichnet eines sich trotzdem sehr deutlich ab. Das familien- und sozialpolitische Klima in Bremen ist Jahr für Jahr immer rauer geworden und nur auf mächtige Lobbygruppen wird Rücksicht genommen. Die Beispiele sind zahlreich, gehen zu Lasten von armen Leuten, von Kindern und Behinderten und können in der Lokalpresse nachgelesen werden. Es handelt sich dabei um kalkulierte, politisch gewollte zusätzliche Benachteiligungen und Ausgrenzungen oder um Rücknahme bzw. Reduzierung ursprünglich gewährter Hilfen. Es passt ins Bild, dass man sich im Bremer Parlament im Mai 2001 nicht zu einer fortlaufenden Berichterstattung über Armut durchringen konnte. Der Spardruck, neoliberalistische Denkmodelle (Tersteegen, 2002) und kurzsichtige, politisch-taktische Anpassungen an "Haushaltszwänge" scheinen heutzutage in der Sozial- und Familienpolitik besonders im hochverschuldeten Bremen übermächtig.

Es stellt sich jedoch sehr die Frage, wessen Zukunft gesichert werden soll und wer letztlich für das "Durchschreiten der Talsohle" bezahlen muss. In Bremen gehören zu den am meisten Benachteiligten die Kinder aus den ärmeren Teilen der

Bevölkerung und davon mangels geeigneter bzw. ausreichender Hilfen insbesondere die Entwicklungsverzögerten und Verhaltensauffälligen (geballt vorzufinden in den sozialen Brennpunkten Bremens, z.B. in Tenever, Marßel, Kattenturm, "Grohner Düne", Fillerkamp usw.).

Unabhängig von besserer Chancengleichheit für Kinder, die wir natürlich brauchen, ist es unsinnig, Investitionen im Kinderbereich einzusparen bzw. in die Zukunft zu verschieben. Die Folgekosten werden in der Regel beträchtlich höher.

Kinder sind die "Zukunft unserer Gesellschaft". Sie werden in der BRD einerseits immer mehr zur "kostbaren Mangelware". Andererseits müssen sie häufig mit Billiglösungen zufrieden sein und es gibt bei ihnen z.B. wachsende Armutsraten, einen unglaublich hohen, vollkommen unakzeptablen Prozentsatz von ca. 10-15 % Auffälligkeiten und ein enormes, unsoziales Bildungsgefälle. Seit PISA darf man aber vielleicht sogar in Bremen wieder sozial gerechtere, kompensierende Erziehungs-, Gesundheits- und Bildungsstrukturen mit verbesserter Qualität fordern; ebenso eine in Schule und Hort an soziale Problemlagen angepasste Regelversorgung, die auch präventive Wirkungen entfaltet, und wirksame pädagogische und therapeutische Interventionsansätze, um die gängigen Chronifizierungen von kindlichen Problemen zu verhindern (siehe dazu 3.). Ganz anders als gehandhabt, sind dafür langfristig kalkulierte, ressort-übergreifend abgestimmte Investitionen in die Gesundheits-, Bildungs- und Erziehungsinstitutionen notwendig.

3. Regionale und überregionale Mangelversorgung für psychisch auffällige Kinder

Über wachsende Probleme mit psychisch auffälligen und z.T. auch dauerhaft kriminellen Kindern und Jugendlichen wird in Bremen zwar in gelegentlichen Fachartikeln oder Diskussionen nachgedacht. Dass die Anzahl der zusätzlichen Hilfen für behinderte und psychisch auffällige Kinder in Kindertagesheimen trotz abnehmenden Kinderzahlen qualitativ und quantitativ gestiegen ist (und nicht mehr effizient und steuerbar erscheint), wird zwar zum Anlass für Umstrukturierungsbemühungen genommen. Die Anzahl an entwicklungsverzögerten, behinderten und verhaltensauffälligen Kindern, an nicht schulreifen Erstklässlern, an dauerhaften Schulschwänzern und verschleppten, nicht behandelten und chronifizierten psychischen Auffälligkeiten usw. wird in Bremen aber "vorsichtshalber" nicht genauer untersucht. Es fehlt zudem eine qualitative Analyse sowie eine Einschätzung der Dringlichkeiten und Unkoordiniertheiten von Hilfen aus dem Bildungs-, Jugend- und Gesundheitsbereich.

Es ist nicht erkennbar, dass systematischere Erhebungen und ressortübergreifende Überlegungen über Art und Ausmaß der Probleme, über Ursachen sowie Risiko- und Schutzfaktoren (vorhandene, kompensierende, fehlende) angestellt oder angeregt werden. Entsprechend wirkt das behördliche Planen und Vorgehen oft widersprüchlich oder rein organisatorisch-kostensteuernd.

Angesichts des Spardrucks und der laufenden, mühevollen Umstrukturierungs- und Kostenbegrenzungsversuche war es in Bremen gerade einmal möglich, zusätzliche Regelversorgungen wie die vom Gesetzgeber geforderten Kindergartenplätze sowie die Verlässliche Grundschule einzurichten. Darüber hinaus "ging nichts mehr" und es kann nicht sein, was nicht sein darf :

ein schwerwiegender Versorgungsmangel vor allem in sozialen Brennpunkten bei Kindern mit Verhaltens- und emotionalen Auffälligkeiten, über den genauer nachgedacht und nachgeforscht werden müsste.

Dieser Versorgungsmangel im Überschneidungsfeld von Jugend- und Gesundheitshilfe ist im übrigen sehr lange bekannt, besteht nicht nur in Bremen und wird in der Fachöffentlichkeit ebenso lange diskutiert (z.B. Köttgen, 1996). Ein skandalöser Zustand ist anscheinend zur Selbstverständlichkeit geworden. Schon seit über 20 Jahren im Zuge der Psychiatriereform und auch später anlässlich der Begründungen und Fachgutachten für ein Psychotherapeutengesetz wurde auf eine bundesweite Versorgungslücke vor allem für die ärmeren Teile der Bevölkerung und die Kinder hingewiesen. Bei der jüngst erfolgten bundesweiten Neuregelung der psychotherapeutischen Krankenversorgung ist an psychisch auffällige Kinder nicht bzw. nur an letzter Stelle gedacht worden. In erster Linie wurden Therapeuten für Erwachsene neu zugelassen. Die Neuregelung trägt zwar der Erkenntnis Rechnung, dass psychische Störungen in unserem Gesundheitssystem gegenüber den körperlichen Krankheiten zu wenig Beachtung finden (Wenn die Statistik stimmt, sind sie die zweithäufigste Erkrankungsursache; Schmidt, 2001). Für Kinderpsychotherapeuten gibt es jedoch keine gesonderten Quoten oder Berechnungen und in fernerer Zukunft wird vielleicht nachgebessert (Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung, 1999). Wer sarkastisch sein möchte, kann dazu feststellen, dass jedenfalls der Nachschub an Patienten mit psychischen Störungen auf Dauer gesichert scheint, trotz insgesamt abnehmender Kinderzahlen in der BRD .

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang außerdem, dass Familien mit mangelndem Hilfesuchverhalten hinsichtlich der psychischen Auffälligkeiten ihrer Kinder durch die kassenärztliche Versorgung und andere Beratungsdienste ohnehin schwer zu erreichen sind. Gerade bei psychischen Auffälligkeiten wird für die medizinische und psychosoziale Versorgung häufig eine mangelhafte Inanspruchnahme festgestellt bzw. dass die vorhandenen Hilfen auf Barrieren

stoßen. Auch wenn Kinder aus armen Familien ganz offensichtlich seltener zu Beratung und Behandlung kommen, belegen viele Forschungsergebnisse, dass sie vermehrt unter gesundheitlichen und vor allem psychischen und psychosomatischen Beeinträchtigungen leiden (z.B. Palentien, Klocke & Hurrelmann, 1999; Hurrelmann & Klocke, 1998).

Risikofaktoren für psychische Auffälligkeiten und Krankheiten von Kindern sind z.B. Trennungsfamilien, psychisch auffällige Eltern, Armut, schlechte Schulbildung der Eltern, beengte Wohnverhältnisse u.a.m. (eine detaillierte Liste dazu bei Dornes, 2000). Schutzfaktoren sind z.B. Bindungssicherheit (Spitz, 1967; Grossmann & Grossmann, 1994; Dornes, 2000; Zimmer, 2001) und einfühlsam-fürsorgliche Bezugspersonen, klare Regeln und Grenzen und angemessene Sanktionen, ausreichende, sinnvolle Spielmöglichkeiten und Anregungen. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass beim Weltgesundheitstag am 7.4.2001 zu dem Motto "Psychische Gesundheit erhalten und wiederherstellen" vor allem auch Gesundheit und Erkrankungen von Kindern im Mittelpunkt standen. Besonders aufmerksam gemacht wurde im Eröffnungsreferat u.a. auf jene Gruppe von Kindern, die wegen Entwicklungsstörungen, Gewalterfahrungen, Missbrauch oder Vernachlässigung als hochbelastet gelten, psychisch zu erkranken, und auf die dringlich notwendige Entwicklung spezifischer Interventionsansätze für diese Kinder (Pott, 2001). Es ist gut, dass in „Sonntagsreden" immer noch darauf hingewiesen wird, dass in der Regel für diese schwer erreichbaren Risikogruppen Interventionsansätze fehlen.

Meines Erachtens handelt es sich bei diesen Risikogruppen keineswegs um eine kleine Anzahl, da ca. 10-15% aller Kinder psychische Auffälligkeiten zeigen und ca. 5 % psychisch erkranken und als dringend behandlungsbedürftig angesehen werden müssen (Literaturangaben dazu : Stöhr, 2001).

Vor allem in städtischen Armutsgebieten trägt die Mehrheit der Kinder ein stark erhöhtes Risiko. Der Weg bis zur Entwicklung wirksamer Präventions- und Interventionsansätze und ihrer praktischen dauerhaften Umsetzung ist angesichts des Spardrucks in Bund und Ländern allerdings lang und dornig und manchmal scheint er sogar wieder rückwärts zu führen.

In Bremen zum Beispiel wird meines Erachtens bei behördlichen Planungen die Bedeutung, das Ausmaß, der Schweregrad und die Intensität psychischer Auffälligkeiten von Kindern in städtischen Armutsquartieren unterschätzt oder auch krampfhaft übersehen. Die präventive Wirkung einer gut ausgestatteten Regelversorgung, die an die Problemlagen in sozialen Brennpunkten angepasst ist, wird gering geachtet und ebenso auch der Nutzen hier schon vorhandener einzelfallbezogener und präventiver stadtteilbezogener Ansätze. Diese werden als Luxus angesehen und über Verbesserung und Weiterentwicklung wird meist nur

unter dem Blickwinkel Kostenersparnis / -neutralität nachgedacht. Insgesamt wird eher "der Kopf in den Sand gesteckt oder das Rad wieder zurückgedreht". Hinzu kommt, dass innerhalb und zwischen den Behörden oft gegensätzliche Interessen verfolgt werden. An einer Stelle werden Einsparlücken gerissen, an anderer Stelle entstehen deshalb vermehrt Probleme und neu entstandene Mängel müssen beseitigt werden.

Es sieht zur Zeit auch nicht danach aus, als ob die Binsenweisheiten über schwerpunktmäßig sozial bestimmte Risiko- und Schutzfaktoren, über (Grund-)Prävention und über die Notwendigkeit neuer, niedrighschwelliger Hilfen auf den Bereich öffentlich geplanter Erziehung in Bremen besonders handlungsleitend wirken. Prävention wird zwar öfter hochgelobt, soll aber möglichst nichts kosten oder direkte Ersparnis bringen oder sich mit an anderer Stelle Eingespartem finanzieren. Zum Teil werden Einsparlücken und fehlende eigene Gelder mit aus Bundesmitteln gespeisten Kurzzeitprogrammen kaschiert (Programme WIN und Soziale Stadt; siehe: Staud, 2002) . Damit wird versucht, in sozialen Brennpunkten dringend benötigte Hilfen zumindest kurzzeitig zu leisten, über reine Lippenbekenntnisse hinaus zu kommen und vielleicht sogar eine Umgestaltung dieser Stadtteile zu erzielen.

Eine gute Regelversorgung mit Präventivwirkung, langfristige pädagogische und therapeutische Interventionen, kontinuierliche Präventionsansätze und die Organisation von stabilen Schutzfaktoren für Kinder stehen in den sozialen Brennpunkten Bremens schon länger nicht mehr im Mittelpunkt der Bemühungen, sondern eher Einsparung, Personalfuktuation/ -ausdünnung, Rückzug und Verlassen bzw. Sich-selbst-Überlassen.

Insgesamt erfolgte z.B. bei den regulären pädagogischen Hilfen für Kinder in Brennpunkthorten und -schulen in den letzten zehn Jahren ein deutlicher sukzessiver Mittelabbau (siehe 4.). Gesichtspunkte wie soziale Benachteiligung oder extrem schwierige Arbeitsbedingungen wegen der großen Menge an auffälligen Kindern finden wenig bis keine Berücksichtigung. Die Möglichkeiten einer wirksamen Grundprävention werden so nicht genutzt. Diese Brennpunkthorte und Schulen haben nämlich, vor allem wenn sie gemeinsam eine hochwertige Ganztagsbetreuung sichern und ausreichend zusätzliche Hilfen für auffällige Kinder vorhanden sind, für alle dort Betreuten eine enorme, häufig unterschätzte präventive Schutzfunktion. Eine verschlechterte Regelversorgung ist im übrigen auch noch in anderen Bereichen festzustellen, z.B. beim ambulanten Sozialdienst für Kinder und Jugendliche, bei den Jugendfreizeitheimen, bei den schulischen Förderzentren für Lernbehinderte und beim Kinder- und Jugendärztlichen Dienst. Die Auswirkungen treffen vor allem die ärmeren Teile der Bevölkerung.

Neben dieser die Regelversorgung und Grundprävention betreffenden negativen Entwicklung wurde bei spezifischen Hilfen für auffällige Kinder wie Familienhilfe, IHTE, IH oder ähnliches eine Platz- bzw. Kostenbegrenzung festgelegt oder sie wird angestrebt. Eine (sozialpädagogische) Familienhilfe, welche auffällige Kinder stützen und Heimunterbringungen verhindern soll, muss z.B. aufgrund von Etatvorgaben möglichst in der ersten Hälfte des Jahres gestartet werden, weil in der zweiten Hälfte das Geld in der Regel schon aufgebraucht ist. Dieser Engpass ist ganz ähnlich wie die bundesweite Knappheit an kinderpsychotherapeutischen Behandlungsplätzen im Bereich der Krankenkassenversorgung, wo Wartezeiten von einem halben Jahr und länger bestehen. Ebenso gibt es für die integrierte heilpädagogische Tageserziehung schwerer verhaltensauffälliger Kinder und die begleitenden familientherapeutischen Hilfen (IHTE) an den meisten Standorten Wartelisten. Jedes Jahr muss für dringliche Fälle nach Alternativen gesucht werden, die in der Regel jedoch nicht vorhanden sind, was oft zu einer Verschärfung der Problematik führt.

Es fehlen in sozialen Brennpunkten für Prävention und Therapie fachgerechte, leicht zugängliche und ggf. aufsuchende Hilfen für psychisch auffällige Kinder, welche die Eltern und das soziale Umfeld (Schule, Kindertagesheim, u.a.) in die Beratung und Behandlung dauerhaft mit einbeziehen. Vor allem bei Kindergartenkindern aber auch bei Schulkindern setzten Hilfen oft gar nicht oder zu spät ein. Außerdem fehlen Hilfen für schwierige Kinder ab 10 Jahren. Für eine Behandlung reichen eingeleitete Interventionen oft nicht aus und rein kindzentrierte Hilfen oder unverbundene Elterntrainings sind zu schwache Maßnahmen und scheitern häufig. Aufwendige Teamarbeit durch erfahrene Fachkräfte und übergreifendes Zusammenwirken von Sozialarbeit, gezielter Pädagogik (in Schule und Kindertagesheim) und Psychotherapie sind für erfolgreiche, stabile Veränderungen bei Eltern und Kindern meist unerlässlich (Patterson, 1985), häufig aber nicht leistbar.

Durch mangelhafte Regelversorgung (und Grundprävention), fehlende Beratungs- und Behandlungsplätze und Verantwortlichkeiten, Wartezeiten, Abstimmungsschwierigkeiten zwischen den Fachleuten, Behandlungsabbrüche u.a.m. entstehen viele immer schwerer änderbare Problematiken und Entwicklungsverzögerungen, die z.T. chronisch werden bzw. kaum noch aufzuholen sind.

Zusammenfassend ist also festzustellen:

Die in Bremen und der BRD bestehende Mangelversorgung für psychisch auffällige Kinder ärmerer Familien in Brennpunktstadtteilen ist gekennzeichnet durch lange Wartelisten, Zugangserschwerisse und vielfach fehlende

niedrigschwellige, aufsuchende und umfeldorientierte Interventionsansätze. Parallel dazu wird bzw. wurde in Bremen die Regelversorgung in Brennpunkthorten und -schulen reduziert. Damit verlieren diese ursprünglich einigermaßen intakten und auf sozial Benachteiligte zugeschnittenen Einrichtungen ihre präventiven Wirkungen bzw. diese werden stark gedrosselt. In der Folge nehmen Anzahl und Schweregrad der dort ohnehin erhöhten psychischen Auffälligkeiten und Lern- bzw. Entwicklungsrückstände von Schulkindern weiter zu.

4. Bremer Kinderhorte am Scheideweg

Aufgrund der oben zusammengefassten Mißstände und in der Folge insgesamt zu großer Mengen an auffälligen Kindern geraten vor allem integrative Ansätze in sozialen Brennpunkten (Differenzierungskräfte, IH, IHTE, schulische Förderzentren) zusammen mit den Regelklassen/-gruppen an ihre Grenzen.

Es werden dazu im folgenden vier zum Teil vollzogene, zum Teil geplante Veränderungen im Hortbereich genauer beschrieben, welche die Brennpunktarbeit immer mehr zu einer Gratwanderung machen. Sie gefährden die präventive, integrierende und psychosoziale Notlagen kompensierende Teamarbeit mit Hortkindern und ihren Eltern. Je nach "Umsetzung" können bzw. werden sich diese Veränderungen negativ aufsummieren und die noch vielfach erfolgreiche Arbeit unmöglich machen. Das wegen negativem Selektionsdruck und Verelendungs- und Verrohungstendenzen in Brennpunktstadtteilen ohnehin sehr empfindliche Gleichgewicht von pädagogischer Regelausstattung und zusätzlichen Hilfen ist leicht umzukippen. Erste Schritte zur Unterminierung sind getan. Die Arbeit mit Kindern in sozialen Brennpunkten Bremens findet inzwischen vielfach unter unzureichend schlechten Bedingungen statt. Sie rückt zunehmend in Richtung Verwahr(losungs)pädagogik und der Erfolg wird immer fraglicher (dazu 4.1.– 4.4. und ein drastisches, anschauliches Beispiel aus Berlin im Anhang : Lächeln verhindert den Bürgerkrieg, Posener, 2001).

Es ist zu vermuten, dass weitergehende Umorganisationen, wie z.B. Auflösung von Hortgruppen bzw. "kostengünstige" Verlagerung der Betreuung an die Schule, diesen Zustand verschlimmern werden. Die Schwerpunkte in den Brennpunktschulen liegen nach den letzten Einsparungen und angesichts

verknappter Personalmittel zur Zeit auf Sicherung eines möglichst reibungslosen Lern- und Betreuungsbetriebs am Vormittag. Spielräume für zeitlichen Einsatz und Kooperationen am Nachmittag (und in den Ferien) sind dagegen sehr begrenzt. Es stellt sich also die Frage, wo dann umfeld- und familienbezogene allgemeiner präventive und direkter therapeutische Interventionen zur Besserung von psychischen Auffälligkeiten und Entwicklungsverzögerungen ihren Platz haben sollen. Schon jetzt erhalten Kinder mit psychischen Auffälligkeiten in der Verlässlichen Grundschule keine ausreichenden Hilfen und auch zukünftige Ganztagschulen müssen billig werden.

4.1. Die "Verlierer" bei der Einführung der Verlässlichen Grundschule in Bremen

Dass die Verlässliche Grundschule, eigentlich eine familienfreundliche Neuerung, erhebliche Mängel und Nachteile hat, ist vielleicht schwer vorstellbar. Aber die Einführung der Verlässlichen Grundschule und ihre organisatorische Umsetzung mit Hilfe von Personalstunden aus dem Hortbereich und einer entsprechenden Neuverteilung pädagogischer Arbeitszeit sorgt im Hort für einen Abbau spezifischer Hilfen für verhaltensauffällige Kinder. Gerade in sozialen Brennpunkten macht sich das sehr negativ bemerkbar.

Wo vorher Kinder oft gestaffelt und in kleinerer Anzahl im Hort empfangen und individueller betreut wurden, wo Elternkontakte und Stadtteilkontakte, Informationsaustausch im Team und Vor- und Nachbereitung der Arbeit wichtig waren, vor allem auch zum Nutzen und für eine überlegtere und gezieltere Pädagogik für die Verhaltensauffälligen, wurde jetzt täglich 1,5 Stunden undifferenzierte Betreuung großer Gruppen von Schulkindern verordnet : meistens in der Zeit vor dem Mittagessen bis ca. 13 Uhr, mit einer Betreuungsperson für ca. 25 Kinder und ohne Kooperationszeiten und gesicherte fachliche Standards. Neben ausgebildeten PädagogInnen arbeiten teilweise StudentInnen, Hausfrauen und andere Laien oft auf 630-DM-Basis im Wechsel und ohne personelle Kontinuität. Möglichkeiten für Einzelkontakte und Kleingruppenbetreuung bestehen in dieser Zeit nicht und die Auffälligkeiten der jüngeren und labileren Kinder nehmen zu. Vor allem Erst- und Zweitklässler kommen oft mit den bis zu drei verschiedenen Betreuungsformen in Schule, Verlässlicher Grundschule und Hort und den jeweils unterschiedlichen Abläufen und Bezugspersonen nicht zurecht. Die Verhaltensauffälligen "sprengen" teilweise die Betreuungsgruppen bzw. überfordern die Betreuer. In Einzelfällen sind diese Kinder inzwischen auf Anraten der Lehrer aus der Betreuung in der Verlässlichen

Grundschule abgemeldet worden. Manche schwänzen auch oder treiben sich im Stadtteil herum.

Für eine Mehrheit von Bremer Eltern ist die Einführung der Verlässlichen Grundschule ein unbestreitbarer Vorteil. Daneben spielten jedoch soziale Gesichtspunkte oder Gesichtspunkte fachlicher Qualität bei der "sportlichen Durchsetzung" des politischen Prestigeprojekts kaum eine Rolle und deutliche Nachteile zu Lasten von Minderheiten wurden bisher von den Senatoren für Bildung und für Jugend/Soziales und den nachfolgenden Ämtern billigend in Kauf genommen.

Gewinner sind jene Eltern, für die jetzt bessere Möglichkeiten zu arbeiten bestehen und wo die Kinder robust genug sind für eine solche Betreuung in großen diskontinuierlichen Gruppen, weil sie z.B. anschließend nachmittags zuhause von Mutter oder Vater empfangen und fürsorglich betreut werden und wenn nötig ausreichende familiäre Hilfen, Anleitung und Rückenstärkung erhalten.

Bei den Kindern in sozialen Brennpunkten ist das vielfach nicht der Fall. Entsprechend hatten die PädagogInnen in den Hortgruppen früher alle Hände voll zu tun und eben auch in den fraglichen Vormittagsstunden. Diese Arbeit - oft von SozialpädagogInnen stadtteilbezogen betrieben und in manchen Einrichtungen präzise in Jahresberichten und Kinderprotokollen beschrieben - war jetzt plötzlich nicht mehr gefragt und nichts mehr wert. Statt dessen wurde Massenbetreuung im Rahmen der Verlässlichen Grundschule angeordnet zum Teil gemeinsam mit Laien und Hausfrauen. Es bleibt zunächst offen, ob es sich dabei um betriebswirtschaftliche „Absicht oder Schwachsicht“ handelt. Auf jeden Fall ist es eine enorme Missachtung der bisherigen Arbeitsqualität („Tafelsilber beim Amt für Soziale Dienste wird zum Umgraben des Schulgartens ausgeliehen“).

Die Verlierer stehen mit dieser rücksichtslos-eiligen Einführung und Durchsetzung der Verlässlichen Grundschule zunächst jedenfalls eindeutig fest. Es sind hauptsächlich jene ohnehin schon benachteiligten Familien mit auffälligen Kindern, eine Vielzahl, aber ohne nennenswerte Durchsetzungskraft und Lobby und oft mit wenig Problembewusstsein und mangelndem Hilfesuchverhalten. Förderbedürftige und psychisch auffällige Kinder sind die Hauptleidtragenden und das zum Teil in mehrfacher Hinsicht. Soweit sie auch auf besondere Hilfen im Hort angewiesen sind, fehlen diese kompensierenden Momente jetzt vielfach bzw. sind beschnitten worden zugunsten der Verlässlichen Grundschule. Soweit sie vorher von Stundenkapazitäten der „Vollen Halbtagschulen“ und der Förderzentren für Lernbehinderte profitierten, sind diese jetzt ebenfalls reduziert (im übrigen wie schon angesprochen eine verschlechterte Grundprävention für alle, die dort zur Schule gehen). Die „Vollen Halbtagschulen“ in sozialen Brennpunkten wurden abgeschafft und durch die personell schlechter bestückte Verlässliche Grundschule ersetzt.

In den Förderzentren haben die Lehrerstunden für die betreuten Kinder eine seit Jahren stetig abnehmende Tendenz von früher 5 Stunden und mehr auf inzwischen nur noch 2,6 Std. pro Woche pro Förderkind. Eine Anpassung an benachteiligte Stadtteile gibt es nicht.

Diese negativen Auswirkungen bei der Einführung der Verlässlichen Grundschule und der Förderzentren auf eine Vielzahl von auffälligen Kindern in sozialen Brennpunkten wurden bisher viel zu wenig beachtet. Dies mag vielleicht nur als Nebenaspekt einer begrüßenswerten Reform erscheinen. Es ist jedoch ein „Nebenaspekt“, durch den das ganze Unterfangen sehr viel weniger erfolgreich und partiell beschämend erscheint. Die Verlierer, auf deren Kosten das Ganze zumindest teilweise realisiert wird, sind die Schwächsten der Schwachen. Es sieht so aus, als ob inzwischen in der Politik und auf den Planungsebenen einige Hemmschwellen gefallen sind. Ein in mehrfacher Hinsicht nachbesserungsbedürftiges "Billigprojekt" wird als Erfolg angepriesen und das Hauptaugenmerk liegt darauf, dass die Kinder in der Verlässlichen Grundschule nicht mehr als bisher kosten sollen. Gemeinsame Verantwortlichkeiten von Jugendhilfe und Schule werden in Bremen wohl nur wahrgenommen, wenn Einsparmöglichkeiten bestehen.

Das oben beschriebene „mehrfach sparsame Vorgehen“ wird sich u.U. noch ein weiteres Mal wiederholen. In den nächsten Jahren ist beim Senator für Jugend/Soziales geplant, die oben erwähnte Integrierte Heilpädagogische Tageserziehung für verhaltensauffällige Kinder (IHTE) umzustrukturieren oder zu kürzen. Es droht also eine weitere Sparwelle, die dann erneut über das gleiche Klientel hinweggehen würde. Dabei kommen verhaltensauffällige Kinder schon jetzt in der Grundschule überhaupt nicht zurecht, die individualisierten Hilfen reichen nicht aus oder sind ungeeignet und die Förderzentren können diese Kinder nur zum Teil auffangen.

Unklar bleibt weiterhin, ob die bisherige Betreuung von Hortkindern in der Zukunft nicht schrittweise aufgegeben bzw. ganz oder teilweise vom Senator für Jugend/Soziales an den Senator für Bildung übergeben wird mit ggf. noch krasserem Folgen als hier beschrieben.

4.2. Personalverknappung und Zunahme von Teilzeitpädagogik im Hort - Abschied von Prävention und Stadtteilorientierung ?

Zusammen mit der Einführung der Verlässlichen Grundschule in 2000 wurde die Entwicklung zur Teilzeitpädagogik in Bremer Horten abermals verstärkt und ist

jetzt noch deutlicher sichtbar. Schon in den 90er Jahren haben veränderte Bedarfszumessungen und Betreuungszeiten die Personaldecke dünner werden lassen. Die größten Einschnitte : Eine Veränderung vom Ganztags- zum Teilzeitbetreuungsschlüssel brachte Personalkürzungen von bis zu 16 %. Die Umorientierung auf die Verlässliche Grundschule heißt für den Hort, dass pro Pädagogin 7,5 Stunden pro Woche (5 %) an die Schule abgegeben werden – eine elementar wichtige Zeit, die dem Hort verloren geht. Ganz offensichtlich wird der Hort als eigenständiges, bedeutsames Betreuungs-, Erziehungs- und Beratungsangebot im Stadtteil mißachtet und seine (Struktur-)Qualität wurde stark geschwächt.

Durch die Zunahme von Teilzeitarbeit und Großgruppenbetreuung wird der (sozial-)pädagogische Beruf im Hort entwertet. Die ErzieherInnen oder SozialpädagogInnen mit Ganztagsarbeitsplätzen im Hort und Stadtteil werden nach und nach immer weniger. Der Arbeitsplatz als ein wichtiger Lebensmittelpunkt rückt zunehmend in den Hintergrund gegenüber "Jobmentalität" und häufigerem Stellenwechsel; denn Teilzeitarbeitsverhältnisse werden oft als Übergangszeit oder als Berufseinstieg genutzt, bis eine bessere Stelle gefunden ist. Behördliche Planungen könnten diesen Sachverhalt berücksichtigen. Fortschrittliche Familienpolitik wünscht sich zwar für die Zukunft u.U. den flexiblen und von den Zeiten her elternfreundlichen und ggf. sogar kostenfreien Kindergarten und Hort, der ergänzend noch Kultur- und Beratungszentrum ist und in den Eltern ihre Kinder mit gutem Gewissen abgeben, weil die Qualität sie überzeugt. Vermehrte Teilzeitarbeitsbedingungen und die geringe Bezahlung ebendort sind aber alles andere als ansprechend. Wenn in Zukunft die entsprechenden familienfreundlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, fehlen dann bei ungünstigem Verlauf wiederum die geeigneten Arbeitskräfte, weil niemand mehr diesen Beruf ausüben bzw. erlernen will.

Für die Kinder im Hort bedeutet die Qualitätsverschlechterung eine verringerte Betreuungskontinuität sowie mangels Zeit weniger Hilfen für erziehungsschwierige Kinder und ihre Familien. Das ist ein gewichtiger negativer Faktor für die Qualität von Erziehungs- und Beziehungsarbeit.

Bindungsunsicherheiten werden verstärkt, Absprachen unter den PädagogInnen erschwert und die Kraft stützender Hilfen geschwächt.

Neben der für Kinder elementaren, in den ersten Lebensjahren erworbenen und auf spätere Bezugspersonen in Kindergarten, Hort und Grundschule übertragbaren Bindungssicherheit (dass ein vertrauter Erwachsener das Kind bei seinen Aktivitäten, Wünschen, Bedürfnissen, Ängsten, Erfolgen usw. einfühlsam, wohlgesonnen und ggf. regulierend begleitet) steht aus meiner Sicht im Mittelpunkt der Hortpädagogik der weitere Aufbau von Selbstwertgefühl und Selbstsicherheit, von Gemeinschaftsgefühl und entsprechend dem Alter

zunehmender Gewissenhaftigkeit und Selbständigkeit (bei kindlichem Spiel, bei Anforderungen und bei den Regeln des Zusammenlebens). Dies ist umso wichtiger für die kindliche Erziehung, je mehr die allgemeine gefühlsmäßige Verelendung, Verrohung, Entsolidarisierung und Isolation in der Gesellschaft zunimmt und klare Wertorientierungen verschwinden bzw. durch eine verwirrende Vielfalt unterschiedlicher und konkurrierender Trends und Moden ersetzt werden. In einem so bestimmten weitgehend emotionalen Bezugsrahmen, einer gezielten und komplexen "Erziehung der Gefühle" (Müller, 1997), wo Beratungsabläufe, Selbstreflektion, Gruppendynamik und der Umgang mit Bindung, Zuneigung, Vertrauen und anderen Emotionen und gefühlsmäßigen Abläufen wie z.B. Lust, Begeisterung, Angst, Trauer, Begierde, Stolz, Neugierde und Aggression, Frustration, Identifikation einen gesicherten Platz haben, können dann die unterschiedlichen kindlichen Interessen und Fähigkeiten besser angeregt und gefördert werden.

Wenn dann immer mehr TeilzeitpädagogInnen an diesem Förder- und Erziehungsprozess beteiligt sind, ist eine gute, zeitaufwendige Abstimmung erforderlich, weil Kinder nicht nur "lieb und brav", spontan und phantasievoll, energisch und zärtlich, sondern z.B. auch egoistisch, übermütig, aggressiv, überängstlich und traurig sind, weil sie gerne Grenzen austesten und Erwachsene gegeneinander ausspielen, weil sie Regeln und Fairness erst lernen müssen und weil eine Zusammenarbeit mit den Eltern, Lehrern und weiteren Personen im Stadtteil notwendig ist und manchmal schwierig, kräftezehrend und anderes mehr.

An zwei Beispielen aus meiner Arbeit möchte ich die Kraft und große präventive Wirksamkeit einer kontinuierlichen, fürsorglich-engagierten und zu Verantwortung und Selbständigkeit anregenden Horterziehung durch ein verlässliches Team von familien- und stadtteilorientierten Fachkräften deutlich machen.

In 1999 wurden wir zu einem Stadtteilkrisenforum eingeladen, bei dem Geschäftsleute, Ortspolitiker, Polizei, Behördenvertreter, Lehrer und Pädagogen anwesend waren. Grund des Treffens war ein Informations- und Gedankenaustausch über zunehmend häufige und z.T. massiv gewalthafte Kriminalität strafunmündiger Kinder im Stadtteil. In der Folge fanden weitere Gespräche statt, bei denen wir zwei interessante Feststellungen machen konnten. Erstens gab es in den polizeilichen Listen ("häufig bei Diebstählen ertappt") keine Kinder, die in unseren Hortgruppen fest angemeldet waren und diese regelmäßig besuchten. Die bei weitem erstaunlichere Tatsache war jedoch, dass diese Zugehörigkeit zu festen Hortgruppen sogar im Vergleich mit Geschwisterkindern zu einem Unterschied führte. Manche bei der Polizei registrierten Kinder waren uns vom Namen her bekannt. War jedoch ein Geschwisterkind aus dieser Familie in unserem Hort fest angemeldet und kam regelmäßig, konnte man dieses Kind

wiederum in den polizeilichen Listen nicht finden. Wir waren selbst ziemlich überrascht von dieser Tatsache und anschließend auch ein wenig stolz. Durch die kontinuierliche Betreuung und Fürsorge (sinnvolle Spielangebote, das Mittagessen, die soziale Integration, die Wertschätzung und Wertorientierung) scheint der Hort für diese Kinder ein Schutzwall zu sein gegen Gewalt und Erpressung jugendlicher Cliques und Gangs auf der Straße, wo jüngere Kinder von Älteren unter Druck gesetzt und zum Diebstahl angehalten werden. Der Schutz durch unseren Hort war in den o.g. Einzelfällen anscheinend so ausgeprägt, dass er sogar eine Trennlinie innerhalb einer Familie bildete und "unsere Kinder nicht angesteckt wurden" von den Geschwistern, die den Alltag nach der Schule hpts. auf der Straße verbrachten, den Erpressungen schutzlos ausgeliefert und in der Folge bei der Polizei häufig wegen Diebstählen registriert waren.

Aus einem Jahresbericht des Horthauses Grohn :

„Besonders zu erwähnen in 1994 ist die Beteiligung des Horthauses an einem übergreifenden Grohner "Stadtteilaktionsprojekt" gemeinsam mit Eltern, Kindern, mit der katholischen und evangelischen Kirche, der Bewohnerberatungsstelle, der Grundschule Am Wasser, dem Kindergarten Tidemannstraße, Sport- und anderen Vereinen. Zentrales Anliegen der sich über mehrere Monate erstreckenden Aktionen / Verhandlungen / Stellungnahmen und Öffentlichkeitsarbeit war die Verhinderung der Ausweisung von Familie Hanna, deren Kinder im Horthaus betreut wurden. Vom Horthaus wurde in diesem Zusammenhang u.a. im Sommer ein Fußballturnier mit Kindern und Eltern und kulturellem Rahmenprogramm durchgeführt. Es wurden bei dieser Gelegenheit über DM 1000,- Spenden gesammelt für die Familie, welche zu diesem Zeitpunkt schon versteckt im Kirchenasyl lebte....

Darüber hinaus fanden in 1994 diverse Aktivitäten/Veranstaltungen statt.....

Fasching/Schlittschuhlaufen Am Jakobsberg, Mädchentag mit Fest im Horthaus, diverse Elternabende, Pfingstausreise/Offenes Angebot nach Okel, Sommerausreisen der festen Gruppen nach Borkum bzw. Emden, Kinderübernachtungen im Horthaus, Beteiligung am Kinderfußballturnier in der Neuwieder Straße, "Pokalspiele" der fußballspielenden Erwachsenen des Horthauses gegen die "Jungs" vom offenen Angebot, Projektabschlussfest und Weihnachtsfest mit Eltern und Kindern.... " (Horthaus Grohn, 1994).

Die obigen Beispiele stehen für viele, zum Teil alltägliche und unspektakuläre Hortaktivitäten, die in der Vergangenheit für Kinder in sozialen Brennpunkten große präventive Bedeutung hatten. Wenn die ursprünglichen Spielräume für eine engagierte und fachkompetente Stadtteilarbeit genutzt wurden als Hilfe zur Selbsthilfe und Selbstbestimmung und zur Erschließung von individuellen und

gemeinschaftlichen Kräften der Kinder und Familien, dann hatte das erfahrungsgemäß eine große Wirkung, prägte das Klima im Stadtteil positiv und Hilflosigkeit, Mutlosigkeit, Angst, Demoralisierung, Dissozialität und Isolation wurden zurückgedrängt (zur Theorie siehe z.B. Keupp, 1993). Außerdem konnte der Kindergarten und Hort, durch Stadtteil -und Familienarbeit in eine Art Kultur- und Beratungszentrum verwandelt, zusätzliche Hilfen (Differenzierungskräfte, IH, IHTE) in der Regel niedrigschwellig, leicht zugänglich und ggf. aufsuchend anbieten. Vertrauen und Akzeptanz sind für die Fachkräfte, welche dort arbeiten, leichter zu erwerben und zu erhalten und sie werden weniger als kontrollierende und mehr als kulturell-kommunikative, stützende, schützende (bei Opferarbeit) und beratende Instanz gesehen und das u.U. auch bei heiklen Themen, wie z.B. Sucht, Misshandlungen und sexuellem Missbrauch. Bei der direkten oder indirekten Hilfesuche ist die zu überwindende Schwelle so geringer.

Diese konzeptionellen Vorstellungen sind jedoch inzwischen unrealistisch geworden. In den neunziger Jahren zehn und mehr Prozent an Personalstunden verloren, in 2000 fünf Prozent an die Verlässliche Grundschule verloren - für den Hortbereich hat ein Abschied von vielen der oben beispielhaft geschilderten Teamaktivitäten stattgefunden. Auf der Tagesordnung steht eine Reduzierung auf Kinderbetreuung im engeren Sinn oder auf „Kinderverwahrung“ im schlechteren Sinn.

4.3. Die Abschaffung der Honorarstunden für Hausaufgabenhilfen

Es gab einmal eine Zeit, als in Bremer Horten Honorarkräfte, von den Kindern meistens geachtet, geliebt und manchmal gehasst, extra für die Hausaufgabenbetreuung da waren. Sie konnten sich darauf gezielt konzentrieren. Im Verlauf mehrerer Jahre wurden diese Honorarstundenkontingente schrittweise abgebaut und sind meines Wissens inzwischen überall ganz gestrichen bzw. mit dem geschwundenen Gesamtetat verrechnet. Zurückgeblieben sind GruppenpädagogInnen mit Vielfachaufgaben als gestresste „Nachmittags-Ersatzeltern“.

Ein Ergebnis sind z.B. Hausaufgabenbetreuungen in den späten Nachmittagsstunden von 16-17 Uhr. Für viele Kinder ist das zu spät bzw. sie sind dann nicht mehr da und bekommen deshalb keine Hausaufgabenbetreuung im Hort.

Ein anderes Ergebnis sind Hausaufgabenbetreuungen in Großgruppen und sogenannte Nebenherbetreuungen, wenn PädagogInnen zusätzlich zur

Hausaufgabenbetreuung noch weiteren Anforderungen nachkommen müssen, wie z.B. mit Eltern telefonieren, weil ein Kind aus unerfindlichem Grund nicht von der Schule gekommen ist, oder Konflikte mit anderen Kindern regeln, die keine Hausaufgaben machen, oder einem eingenässten Kind neue Hosen geben. Damit bleibt ihnen kaum Zeit für erklären, anleiten, fördern von Lern- und Leistungsmotivation, aufbauen von selbständigem Arbeitsverhalten und Gewissenhaftigkeit, von realistischer Selbsteinschätzung und Selbstbewertung und so weiter . Gerade für die Hortkinder in sozialen Brennpunkten, für regellose, hyperkinetische und oft wenig sprachkundige Kinder ist das eine mittlere Katastrophe. Bei vielfach schwierigem Familien- und Lebensumfeld ist Schulbildung für diese Kinder eine von wenigen Chancen für eine normalisierte Lebensperspektive, vorausgesetzt ihre Intelligenz, Lernmotivation und Lernleistungen sind bzw. bleiben intakt und sie bekommen geeignete Hilfen.

Daneben gibt es in sozialen Brennpunkten eine Vielzahl von Kindern, die mit schlechtesten Voraussetzungen in die Schule kommen und dort nur sehr verzögert lernen. Es handelt sich dabei um unterschiedliche, häufig gemischte Problemlagen wie Minderbegabung (aber auch Pseudodebilität) oder um die Folgen von sogenannter sozialer Deprivation als mangelnde Anregungen und Lernerfahrungen im familiären und sozialen Umfeld, oft verstärkt z.B. durch traumatische Trennungserfahrungen und Verhaltens- und emotionale Probleme oder um die Folgen von Schädigungen des ZNS während der Schwangerschaft, Geburt oder frühen Kindheit. Eltern in sozialen Brennpunkten haben oft nicht ausreichend Ressourcen (Kenntnisse, Verständnis, Kräfte, Geldmittel, Zeit), um solche Belastungen zu kompensieren.

Wenn jetzt nur noch solche Horte eine Hausaufgabenhilfe auf Honorarbasis bekommen können, wo die Eltern in der Lage sind, dafür zusätzliche organisatorische und finanzielle Mittel bereitzustellen, ist das ein deutlicher weiterer Schritt in Richtung soziale Benachteiligung.

4.4. Die Abschaffung der psychisch auffälligen Kinder - Erster Versuch !? Oder : „ Dreimal ist Bremer Recht "

Im Bereich der öffentlichen Erziehung von Kindertagesheimen und Horten in Bremen deutet sich aufgrund des Spardrucks und der Unfähigkeit oder auch Planmäßigkeit, die Aufgaben zur Bedarfsfeststellung im Zusammenhang mit psychischen Auffälligkeiten von Kindern angemessen zu regeln, eine weitgehende „Abschaffung dieser Kinder" an. Natürlich sind sie weiterhin vorhanden und die PädagogInnen und andere zusätzliche Fachkräfte dürfen und müssen sich in verringerter Anzahl und mit erweiterten Aufgaben weiter mit ihnen beschäftigen.

Als Individuen mit Rechtsanspruch auf Hilfe sollen diese Kinder aber soweit wie möglich verschwinden und sich mit dem zufrieden geben, was behördlicherseits geplant und im Haushalt vorgegeben wird. Die bisherigen Rechtsansprüche nach KJHG oder BSHG sind für Bremen „zu teuer und zu unkalkulierbar“ und die PädagogInnen sollen sich eben mehr anstrengen. Hinzu kommt, dass durch eine Verschiebung der Zuständigkeiten für die Tagesbetreuung von Schulkindern viele psychische Probleme u.U. vom Senator für Jugend/Soziales an den Senator für Bildung weitergereicht werden. Nach bisherigen Erfahrungen hat das negative Folgen für die betroffenen Kinder. Für den Umgang mit psychischen Auffälligkeiten fehlt in der Schule bisher ein ausgebautes System von fachgerechten Hilfen. Aggressive, oppositionelle und hyperkinetische Kinder, die sich nicht an die geregelten Abläufe in Unterricht und Betreuung anpassen und dort „viel Ärger machen“, bekommen normalerweise schneller die notwendigen Einstufungen und Bescheide, werden ggf. aber auch schneller ausgesondert. Kinder mit Ängsten, mit niedrigem Selbstwertgefühl und traurig-verstimmtem Verhalten stören dagegen nicht so, werden eher nicht beachtet und übersehen.

Wenn man die jüngsten Planungen beim Senator für Jugend/Soziales ernst nehmen darf, wird es auf längere Sicht neben den geistig und körperlich wesentlich behinderten Kindern nur noch eine sehr kleine Gruppe anspruchsberechtigter seelisch behinderter Kinder mit schwerwiegenden Verhaltens- und emotionalen Problemen geben. Das sind jene Kinder, denen die begutachtenden Amtsärzte aufgrund gravierender Auffälligkeiten eine drohende oder schon bestehende wesentliche Behinderung bescheinigen, die nicht nur von vorübergehender Dauer ist. Von einer solchen Einstufung nehmen die Kinder- und Jugendärzte beim Gesundheitsamt in aller Regel Abstand; zum Teil mit dem Hinweis auf ihre vorwiegend körpermedizinische Fachkompetenz oder die Zuständigkeit der Erziehungsberatungsstellen oder des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes, zum Teil mit dem Hinweis auf die stigmatisierende Komponente dieser Begutachtung, aber auch oft im Vertrauen darauf, dass sich die Störung bzw. Auffälligkeit mit den Jahren schon verlieren wird. Diese letzte Einschätzung mag im Einzelfall zutreffen, ist aber statistisch gesehen inzwischen durch diverse Forschungsergebnisse widerlegt. Emotionale Probleme und Verhaltensprobleme von Kindern werden häufig zu anhaltenden und teilweise chronifizierten Störungen, die bis ins Erwachsenenalter reichen. Die häufigste Ursache dafür dürften fehlende oder ungeeignete Beratungs- und Behandlungsmöglichkeiten sein (weiteres dazu z.B. in: Stöhr, 2001).

Außerdem gibt es bei der Abwicklung eines geordneten gesamtstädtischen Hilfeplanverfahrens und der entsprechenden gutachtlichen Arbeitsorganisation in

Bremen erhebliche Abstimmungsschwierigkeiten und Zeitverzögerungen. Hinderlich wirkt dabei, dass den pädagogischen Fachkräften für einen Problemschwerpunkt im Kindertagesheimalltag, die mit Abstand am häufigsten vorkommenden psychischen Auffälligkeiten von Kindern, keine direkte Beschreibungs- und Beurteilungsmöglichkeit mehr gegeben wird. Vordringlich sind das Aggressivität, hyperkinetisches Syndrom, das Selbstwertgefühl schwächende Ängste und Depressivität, zum größten Teil als gemischte Problematiken und in Verbindung mit starken Entwicklungsverzögerungen. Dabei liegen für diesen Bereich sogar erprobte Fragebögen vor, welche hohe Gültigkeit auch für Einzelentscheidungen haben und schnell und einfach durchzuführen und auszuwerten sind (z.B. Marburger Verhaltensliste oder Verhaltensbeurteilungsbogen für Vorschulkinder). Bei den Vorgaben bzw. Planungen scheint jedoch die Erkenntnis verlorengegangen zu sein, dass nicht nur der Körper, die Sinneswerkzeuge, die Fähigkeiten oder das ZNS verletzt, beschädigt und funktionsbeeinträchtigt oder überfordert sein können, sondern auch die "Seele", die psychische Identität mit ihren vielfältigen Abläufen und Gefühls- und Verhaltensschemata.

Von den Fachkräften, die mit auffälligen Kindern arbeiten, wissen übrigens alle, dass im Erziehungsalltag Verhaltens- und emotionale Probleme bei Kindern den größten Aufwand verursachen (neben speziellen Programmen für Psychomotorik, Sprachförderung, Wahrnehmungsförderung und anderen weitgehend festgelegten Förderabläufen, die z.T. auch von externen niedergelassenen TherapeutInnen durchgeführt werden). Die psychischen Auffälligkeiten kosten am meisten Kraft und Nerven, sind häufig lang anhaltend und schwer veränderbar und verschlechtern sich vielfach noch.

Deswegen schrieb z.B. die IHTE-Fachgruppe : „Unter anderem geht der IHTE-Arbeitsansatz von der Erfahrung aus, dass die meisten notwendig werdenden Heimunterbringungen in der Regel nicht wegen der Behinderung eines Kindes bzw. unzureichender Förderung erfolgen, sondern wegen gravierender Verhaltensauffälligkeiten. Diese treten oft als Folge einer Behinderung, aber häufiger noch als unabhängige Störungen auf. Sie bringen bei einem gewissen Schweregrad und wegen ihrer Tendenz zur Eskalation bei Nichtbehandlung (Teufelskreissymptomatik) das normale Familienleben und seine gängigen Regulierungsversuche zum Scheitern, zumal in aller Regel die Eltern in die Problematik verstrickt sind. Wenn Familien dann verzweifelt aufgeben, kommt es ohne qualifizierte ambulante Hilfe häufig zur vorübergehenden Aussonderung in die Kinder- und Jugendpsychiatrie bzw. in spezielle Heime als besonders kostenintensive Langzeitunterbringung" (IHTE-Fachgruppe, November 1994).

So gesehen ist es nicht verständlich, warum die geistig und körperlich behinderten Kinder, die in der Regel relativ einfacher zu begutachten sind, die oft eine gut organisierte Elternlobby im Hintergrund haben und auf viele Krankenkassenleistungen zurückgreifen können, in dem bisher behördlicherseits geplanten System von Regelförderung und Zusatzförderung einen Logenplatz erhalten sollen. Während man z.B. im Bereich der Reformpsychiatrie zu Recht stolz darauf ist, dass die Gleichstellung psychisch Kranker mit körperlich Kranken Fortschritte gemacht hat, wirkt diese geplante bremische Ungleichbehandlung von Kindern mit psychischen Problemen wie ein Rückfall in vergangene Zeiten. Jedenfalls würden nach diesen Planungen nur noch die Eltern der als ganz besonders schwerwiegend verhaltensauffällig eingestuften Kinder einen rechtsmittelfähigen Bescheid erhalten, welcher dann Ansprüche auf Hilfe und Förderung individuell sichert. Das wäre sozusagen die "Spitze des Eisbergs". Für ca. 80% der Kinder, die als Verhaltensauffällige oder Entwicklungsverzögerte im bisherigen Verfahren Hilfen und zusätzliche Förderung erhalten und bei denen z.Zt. jährlich mehr oder weniger zeitaufwendige Begutachtungen erfolgen, soll diese Begutachtung, die Erstellung eines Hilfeplans und die anschließende Bescheiderteilung (und individuelle Hilfemaßnahmen ?) entfallen.

Dass sich das mit gültigem Recht nicht verträgt, ist für Rechtskundige offensichtlich, soll an dieser Stelle aber nicht ernsthaft vertieft werden. Man stelle sich vor, in Bremen würde demnächst mit Sozialhilfeempfängern ebenso verfahren, d.h. nur noch 20% aller Anspruchsberechtigten erhalten ihre Leistungen wie bisher auf der Grundlage eines entsprechenden Bescheids. Die restlichen 80% erhalten ihre Leistungen ganz unbürokratisch einfach so. Damit würde viel gespart. Das Amt müsste keine Bescheide erstellen und verschicken. Es müsste nicht in jedem Einzelfall genau überlegt werden, ob der Anspruch zurecht besteht und in welchem Umfang. Und nicht zu vergessen: Diese "Einfach-so-Sozialhilfe" könnte gut begrenzt werden. Wenn der Topf leer ist, gibt es keine Hilfe mehr, denn Rechtsansprüche sind nicht abgesichert. So einfach kann Elend „gedeckt“ werden.

5. Schlussfolgerungen

Es ist zu vermuten, dass der aufgezeigte Umgang mit Misständen und die Fehlplanungen im Bereich der psychosozialen Versorgung von Kindern zulasten der ärmeren Teile der Bevölkerung nicht nur bremenspezifisch sind, sondern dass es sich um bundesweite Trends handelt.

Anstelle mehr oder weniger kluger, aber oft folgenloser Schlussbemerkungen möchte ich dazu anregen

- Infos und Erfahrungen zum Sozialabbau aus verschiedenen Bundesländern und Bereichen auszutauschen,
- entsprechende Diskussionsforen zu Schwerpunktthemen zu bilden (besonders auch zur Kinder- und Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten),
- die Diskussion mit Universität und kritischer Wissenschaft zu suchen und den Austausch von Theorie und Praxis voranzutreiben,
- regionale Lobbygruppen zu organisieren und der Abkapselung bzw. Isolation der Brennpunktarbeit entgegenzuwirken .

Rückmeldungen erwünscht:

Ottmar Stöhr, Am Hulsberg 97, D-28205 Bremen, Tel/Fax 0049 421 700057,
Selbstverlag (Diskussionsentwurf Mai 2002).

email: ottmar.stoehr@medmail.de

Anhang (aus : Die Welt – Feuilleton, 7.12.01, A. Posener)

Lächeln verhindert den Bürgerkrieg - Wo 30 statt 50 Fehler schon ein Triumph sind. Der Alltag einer Berliner Grundschullehrerin

Der Wecker klingelt um viertel vor sechs. Um viertel nach sieben steht sie, eine halbe Stunde S-Bahn und eine ganze Welt entfernt, vor 20 Kindern aus der Türkei und dem Libanon, aus Bosnien und Mazedonien, Polen und Russland, und unterrichtet "DAZ": Deutsch als Zweitsprache. Den Unterricht hat sie auf die "nullte Stunde" gelegt, damit er nicht ausfällt, wenn sie für Vertretungen gebraucht wird. Das kommt oft vor. Wer Tag für Tag mit Kindern eingesperrt wird, macht jede Grippewelle mit. Und dann gibt's die Ausgebrannten und Erledigten: Der eine hat's, medizinisch schwer nachprüfbar, im Kreuz und schießt nach der Frühpensionierung; eine andere ist schwer krank, schleppt sich Tag für Tag zur Schule, und schafft das volle Pensum dann doch nicht; wieder eine andere reagiert auf jede zusätzliche Zumutung, indem sie sich drei Tage krank meldet; welcher Schulleiter wird so unvorsichtig sein, ihr eine Vertretungsstunde aufzubrummen?

Zwanzig hauptsächlich braune Augenpaare verfolgen mehr oder weniger aufmerksam die Lehrerin, die an der Tafel erklärt, warum im Deutschen "Mädchen" sächlich sind. Sieben deutsche Augenpaare dazu, und die Klasse ist vollständig, was selten vorkommt. Ein libanesisches Mädchen muss für ihre Mutter auf dem Sozialamt dolmetschen. Ein neuer Kühlschrank ist zu beantragen, oder ein Wintermantel, oder ein Zuschuss für die Klassenreise. Ein albanischer Junge ist vorübergehend untergetaucht, nachdem ein Motorrad verschwunden ist. Die Kinder wissen, auf welchem Hinterhof es steht; aber das heruntergekommene Haus - an dem sich ein deutscher Spekulant eine goldene Nase verdient - ist voller Kosovaren, und der Kontaktbereichsbeamte möchte gern seine Pensionierung erleben. Wenn der Tank leer ist, taucht das Gerät ja wieder auf.

In diesem Innenstadtbezirk gelten andere Regeln als in den bürgerlichen Vierteln, wo die roten, grünen, gelben und schwarzen Politiker wohnen. Ein türkisches Mädchen büchst vor der Zwangsehe aus. In dunkler Frühe klingelt es bei der Lehrerin. Die schnauzbärtigen Männer der Familie begehren Einlass: Nachsehen, ob sich das flüchtige Mädchen dort versteckt. Mitten im Unterricht klopft es; draußen stehen zwei Frauen mit Kopftuch. Die ältere erklärt: Aus Bosnien seien sie und seit sieben Jahren hier "geduldet". Die jüngere sei inzwischen 13 (sie sieht aus wie 16) und es wäre besser, wenn sie zur Schule ginge, nicht? Sie sei brav und werde bestimmt bald deutsch lernen. Ein deutscher Junge ist bleich und verstört. Die Mutter zieht abends immer um die Häuser, ist seit einigen Tagen nicht nach Hause gekommen. Die Lehrerin ruft an

drei verschiedenen Tagen bei der Familienfürsorge an und hat es mit drei verschiedenen Beamten zu tun, die alle die Akte nicht finden können. Ein anderer Junge verweigert die Mitarbeit, seit sein arbeitsloser Vater trinkt und die Mutter verprügelt. Für viele dieser Schüler sind Ferien eine Strafe, die Schule, so heruntergekommen und unwirtlich der Backsteinkasten aus dem vorvorigen Jahrhundert ist, ein Ort des Lichts und der Geborgenheit.

Zwei Lehrerzimmer gibt es, ein geräumiges und eine Art Besenkammer für die Raucher. In den Pausen ist die Besenkammer voll. Es sind fast alles Frauen. Männer sind nicht so hart im Nehmen, nicht so selbstlos im Geben. Der idealistische Vertreter der "kompensatorischen Erziehung" gab auf und wurde Lehrplanentwickler; der Politische, der einmal einen frech gewordenen kroatischen Jungen den Flur hinunterprügelte, machte Karriere als Bildungspolitiker bei den Grünen; der mit den Disziplinproblemen in der ersten Klasse ist Schulrat geworden.

Grau ist alle didaktische Theorie, grün des Unterrichtens goldener Baum. In ihrer fünften Klasse hat die Lehrerin mehrsprachige Analphabeten und Bücherverschlinger (wenige, zugegeben), helle und dumpfe Köpfe, Halbstarke und halbe Kinder beieinander. Für solche undifferenzierten Situationen haben die Erziehungswissenschaftler das Konzept der "Binnendifferenzierung" parat: Jeder nach seinen Fähigkeiten. Hier geht es aber darum, jedem nach seinen Bedürfnissen zu geben. Und die sind vor allem emotional: Der junge Macho Mohammed braucht ein ernstes Wort, der dicke Außenseiter Maik eine kurze Umarmung, die kluge Layla ein Zwinkern, die überforderte Gülca Aufmunterung. Und alle immer wieder ein Lächeln, das ihnen sagt: Wenn ihr was leistet, macht ihr mir Freude. 30 Fehler statt 50 im Diktat? Ein schöner Erfolg, auch wenn das nach Rahmenrichtlinie trotzdem eine Sechs bleibt. Das verlorene Lehrbuch wieder gefunden? Nein, aber Geld für ein Ersatzbuch mitgebracht, frag nicht woher. Gut. Die Unterschrift erbettelt, die dem muslimischen Mädchen erlaubt, die Klassenfahrt mitzumachen? Super! Hier wird Wichtigeres noch gelernt als Rechtschreibung und Grammatik nämlich Leitkultur: Zivil miteinander umgehen. Ausreden lassen. Verantwortung übernehmen. Die Klasse aufräumen. Sich entschuldigen, wenn man ein Mädchen "Hure!" genannt hat. Sich beschweren, wenn die Sportlehrerin einen trietzt. Rechtschreibung und Grammatik auch. Und immer Lächeln dazu. Das Lächeln gilt es, sechs Stunden durchzuhalten, ohne dass es zur Maske gefriert. In der S-Bahn liest die Lehrerin einen Roman, schläft ein und verpasst ihren Bahnhof.

Seit beinahe 25 Jahren unterrichtet sie an dieser Schule. Kein einziges Mal hat sie der Schulrat im Unterricht besucht. Nie war hier ein Abgeordneter zu Besuch. Wenn sie nicht krank wird, hat sie beinahe 15 Jahre Arbeit an diesem vergessenen Ort vor sich. Einfacher wird es nicht, Karriere gibt es nicht, und die

Rente wird auch durch mehr Arbeit nicht mehr. Wenn sie in geselliger Runde ihren Beruf nennt, macht das keinen Eindruck. Manchmal, wenn der Wecker klingelt, ist die Versuchung groß, einfach liegen zu bleiben. Aber sie steht auf und lächelt. Weil das jeden Tag Tausende tun, gibt es das Wunder der Pisa-Studie: Dass die Zahlen nicht noch schlechter sind. Dieses Lächeln in den Klassenzimmern vor allem bewirkt, dass es auf Deutschlands Straßen nicht zum Bürgerkrieg kommt.

Literatur

- *Brack, U.B. (1993). Frühdiagnostik und Frühtherapie , S.396 (Zusammenfassung und Ausblick), Weinheim : Psychologie-Verlags-Union.
- *Busch-Geertsema, V., Ruhstrat, E.-U. u.a. (1993). " Das macht die Seele so kaputt..." : Armut in Bremen (Hrsg. Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände in Bremen). Bremen: Edition Temmen.
- *Bourdieu, P. (1997). Das Elend der Welt, Universitätsverlag Konstanz. Originalausgabe: La misère du monde (1993), Paris: éditions du Seuil.
- *Dornes, M. (2000). Die emotionale Welt des Kindes, S. 99ff. und S. 102/3 (Risikofaktorenliste), Frankfurt a.M. : Fischer.
- *Grossmann, K., Grossmann, K.E. (1994). Bindungstheoretische Grundlagen psychologisch sicherer und unsicherer Entwicklung. GWG-Zeitschrift 96, 12,94, Köln: GWG.
- *Horthaus Grohn (März 1995). Jahresbericht 1994, Hans-Wendt-Stiftung/IHTE und Amt für Soziale Dienste, Bremen: Selbstverlag.
- *Hurrelmann, K., Klocke, A. (1998). Kinder und Jugendliche in Armut, Opladen.
- *IHTE-Fachgruppe, Öffentl. Brief November 1994, Bremen: Selbstverlag.
- *Keupp H. (1993). Die (Wieder-)Gewinnung von Handlungskompetenz : Empowerment in der psycho-sozialen Praxis. Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis 3, 1993, S.365 ff., Tübingen: DGVT.
- *Köttgen, C. (1996). Wenn alle Stricke reißen ... ab in die Psychiatrie ? Soziale Psychiatrie (Hrsg. DGSP) 1,96, S. 4 ff. , Walldorf : Integra e.V.
- *Müller, C.W. (1997). Erziehung der Gefühle als Zukunftsaufgabe Sozialer Arbeit. Neue Praxis 3/97, Neuwied: Luchterhand.
- *Palentien Ch., Klocke A., Hurrelmann K. (1999). Armut im Kindes- und Jugendalter, S. 34-36. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 18/99, 30.April 1999.

- *Patterson, G.R. (1985). Beyond technology: The next stage in developing an empirical base for parent training. In: L´Abate L. (Hrsg.), Handbook of family psychology and therapy, Vol. 2, S. 1345 ff., Illinois: Dorsey Press.
- *Posener, A. (2001). Lächeln verhindert den Bürgerkrieg. Wo 30 statt 50 Fehler schon ein Triumph sind. Der Alltag einer... In: "Die Welt", 7.12.01.
- *Pott,E. (2001). Gesundheit beginnt im Kopf - Referat der Direktorin der BzGA zur Eröffnungsveranstaltung des Weltgesundheitstages 6.4.2001, www.who-tag.de .
- *Schmidt, U. (2001). Rede der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt zum Weltgesundheitstag am 6.4.2001, www.who-tag.de .
- *Spitz, R. (1967). Vom Säugling zum Kleinkind, Stuttgart: Klett.
- *Schultheis, F. (1997). Deutsche Zustände im Spiegel französischer Verhältnisse. In: Bourdieu, P. (1997). Das Elend der Welt, S. 827 ff.
- *Stöhr, O. (2001). Erziehungs- und Versorgungssituation von Schulkindern in sozialen Brennpunkten Bremens - Gemeindepsychologische Überlegungen aus der Praxis, S. 4 ff., S. 13 ff. (Beispiele), S. 16 (Chronifizierungen), Bremen: Selbstverlag.
- *Staud, S. (2002). Erfahrungen mit dem Konsensprinzip bei der Bewohnerbeteiligung in Bremen, S. 6 ff., Bremen: Selbstverlag.
- *Tersteegen, G. (2002). Zum neoliberalen Angriff auf die öffentlichen Dienste. In: BLZ, Zeitschrift der GEW Bremen, 1-2002, S. 20ff., Bremen: Geffken und Köllner.
- *Ergebnisse einer Studie des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung: Entwicklung von Indikatoren zur Bedarfsentwicklung und Angebotsplanung in der ambulanten Psychotherapie. In: Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis 4, 1999, S. 638, Tübingen: DGVT.
- *Zimmer, R. (2001). Hauptsache gesund !? Gesundheitsförderung - ein Thema für den Kindergarten. In: Kindergarten heute, 4, 2001, Freiburg: Herder.